



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV



Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland und Grossbritannien

Informationsveranstaltung des Kantonalen
Steueramtes St. Gallen, 4. November 2011

Fabian Baumer, Vizedirektor ESTV, Leiter Steuerpolitik



Inhalt

1. Ausgangslage
2. Strategie des Bundesrates
3. Die Staatsverträge mit D und UK
4. Ausblick



Inhalt

1. Ausgangslage

2. Strategie des Bundesrates

3. Die Staatsverträge mit D und UK

4. Ausblick



Ausgangslage

- **Entscheid des Bundesrates vom 13. März 2009 (1)**
 - Änderung der Amtshilfepolitik in Steuersachen
 - Übernahme des „OECD-Standards“
 - Hintergrund: Drohkulisse von OECD und G20
 - „schwarze und graue Listen“
 - „traumatisches Erlebnis“ für die Schweizer Standortpolitik



Ausgangslage

- **Entscheid des Bundesrates vom 13. März 2009 (2)**
 - Eckwerte (1)
 - Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich
 - Kein Bankgeheimnisschutz bei Steuerdelikten
 - Wahrung der Privatsphäre der Bankkunden
 - Ablehnung eines automatischen Informationsaustauschs
 - Beibehaltung des Bankgeheimnisses im Inland



Ausgangslage

- **Entscheid des Bundesrates vom 13. März 2009 (3)**
 - Eckwerte (2)
 - Amtshilfe nur im konkreten Einzelfall
 - Keine „fishing expeditions“
 - Umsetzung der neuen Politik mittels Revision der bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen („DBA“)



Ausgangslage

- **Entscheid des Bundesrates vom 13. März 2009 (4)**
 - Eckwerte (3)
 - Postulate der Schweiz
 - Verbesserter Marktzutritt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen
 - Gleich lange Spiesse bei Informationsbereitschaft und -qualität



Ausgangslage

- **OECD-Standard als „Weltstandard“**
 - Triumph für G-20 und OECD
 - Beschränkte Auswirkungen auf die Bekämpfung der Steuerhinterziehung
 - Weiterhin hohe Anforderungen an die Amtshilfe im Einzelfall



Ausgangslage

- **Position der G-20/OECD**
 - Weltweite Durchsetzung des OECD-Standards als wichtiger Schritt, aber noch nicht ausreichend
 - Breiter Konsens, dass die Bemühungen fortgesetzt werden müssen
 - Kontrolle der Umsetzung des OECD-Standards
 - Weiterentwicklung des OECD-Standards



Ausgangslage

▪ Position der EU

- Weiterentwicklung der EU-Zinsrichtlinie angestrebt (Schliessung von Schlupflöchern)
 - Ausdehnung auf Drittstaaten (u.a. CH)

- Durchsetzung des automatischen Informationsaustauschs
 - Innerhalb der EU (LUX/A)
 - Gegenüber Drittstaaten (u.a. CH)



Inhalt

1. Ausgangslage

2. Strategie des Bundesrates

3. Die Staatsverträge mit D und UK

4. Ausblick



Strategie des Bundesrates

- **Finanzplatzstrategie des Bundesrates (1)**
 - Beschlüsse vom 16. Dezember 2009 und 24. Februar 2010 („Bericht Graber“)
 - Ziel: Stärkung des Finanzplatzes Schweiz



Strategie des Bundesrates

- **Finanzplatzstrategie des Bundesrates (2)**
 - Ausgewählte Elemente:
 - Sicherstellung der Integrität des Finanzplatzes
 - Verbesserung des Marktzutritts für Schweizer Finanzdienstleister im Ausland



Strategie des Bundesrates

- **Finanzplatzstrategie des Bundesrates (3)**
 - Sicherstellung der Integrität des Finanzplatzes
 - Weiterer Ausbau des DBA-Netzes mit Amtshilfe gemäss OECD-Standard
 - Interne Rechtsvorschriften zur Umsetzung
 - Einführung von **grenzüberschreitenden Abgeltungssteuern**
 - Prüfung zusätzlicher Massnahmen zur Förderung der Steuerehrlichkeit und zur Verringerung von Rechtsrisiken
 - Wahrung des Schutzes der Privatsphäre



Strategie des Bundesrates

- **„Abgeltungssteuern“: Grundprinzip**
 - Erhebung einer Steuer auf Vermögenserträgen (v.a. Zinsen, Dividenden) und ev. Kapitalgewinnen
 - Möglichst lückenlos, keine „Schlupflöcher“
 - Steuersatz = Steuersatz im Wohnsitzstaat
 - Steuererhebung durch die Bank, bei der der Steuerpflichtige sein Depot hat
 - Überweisung an den Wohnsitzstaat des Kunden
 - Erhebung auf anonymer Basis
 - Definitive Erfüllung der Steuerpflicht („abgeltende Wirkung“)
 - Keine Deklaration in der Steuererklärung nötig



Inhalt

1. Ausgangslage
2. Strategie des Bundesrates
- 3. Die Staatsverträge mit D und UK**
4. Ausblick



Die Staatsverträge mit D und UK

▪ Stand

- Bilaterale Staatsverträge mit D und UK unterzeichnet im September/Oktober 2011
 - Separate Abkommen, ausserhalb der bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen

- Botschaft des Bundesrates pendent, parlamentarische Beratung geplant für 1. Semester 2012

- Inkrafttreten vorgesehen für 1.1.2013
 - Inkl. flankierendes Bundesgesetz



Die Staatsverträge mit D und UK

▪ Inhalt

- Regularisierung bestehender Kundengelder mittels Einmalzahlung oder Meldung
- Abgeltungssteuer auf künftigen Vermögenserträgen und Kapitalgewinnen
- Erweiterte Amtshilfe
- Verbesserter Marktzutritt für Finanzdienstleister
- Lösung der „Datenklau“-Problematik



Die Staatsverträge mit D und UK

- **Regularisierung bestehender Kundengelder**
 - Für natürliche Personen mit Wohnsitz D bzw. UK mit Schweizer Bankverbindung
 - Pflicht zur Zahlung einer einmaligen pauschalen Abgabe
 - Erhebung durch die Schweizer Bank
 - Weiterleitung an den Wohnsitzstaat
 - Steuersatz 19-34%
 - Abhängig u.a. von der Dauer der Kundenbeziehung
 - Alternativen für den Kunden
 - Meldung an die Steuerbehörde des Wohnsitzstaates
 - Selbstanzeige
 - Auflösung der Kundenbeziehung



Die Staatsverträge mit D und UK

- **Abgeltungssteuer auf Vermögenserträgen und Kapitalgewinnen**
 - Für natürliche Personen mit Wohnsitz D bzw. UK mit Schweizer Bankverbindung
 - Steuererhebung durch die Schweizer Bank
 - Weiterleitung an den Wohnsitzstaat
 - Steuersatz wie im Wohnsitzstaat
 - 26.375% für D (wie in Deutschland)
 - 27-48% für UK (max. individueller Steuersatz in UK)
 - Keine Deklaration in der Steuererklärung erforderlich
 - Alternative für den Kunden: Meldung an die Steuerbehörde des Wohnsitzstaates



Die Staatsverträge mit D und UK

▪ **Erweiterte Amtshilfe**

- Möglichkeit für D und UK, erleichterte Informationsgesuche zu stellen
- Anforderungen
 - Name und Adresse der steuerpflichtigen Person
 - „plausibler Anlass“ für Anfrage
- Keine Nennung des Informationsinhabers erforderlich
- Zahlenmässig beschränkt (ca. 500 Gesuche pro Jahr)



Inhalt

1. Ausgangslage
2. Strategie des Bundesrates
3. Die Staatsverträge mit D und UK
- 4. Ausblick**



Ausblick

- **Genehmigungsprozess für die Abkommen mit D und UK**
 - Innenpolitische Genehmigung in der Schweiz
 - Innenpolitische Genehmigung in D und UK
 - Laufende Untersuchung der EU-Kommission



Ausblick

- **Weitere Abkommen?**
 - Interesse diverser Staaten besteht
 - Sondierungsgespräche mit einzelnen Ländern laufen
 - Vorbild auch für bilaterale Abkommen zwischen anderen Staaten?



Ausblick

- **Chancen und Herausforderungen der Abgeltungssteuerstrategie**
 - Politische Alternative zum automatischen Informationsaustausch
 - administrativer Aufwand und operative Risiken für den Finanzplatz



Ausblick

- **Weiterhin Druck im Dossier Informationsaustausch**
 - Multilaterale Bestrebungen zur weiteren Verbesserung des Informationsaustauschs
 - EU, OECD, G-20, UNO
 - Bestrebungen der USA
 - Laufende Verfahren in den USA gegen Schweizer Banken
 - Weltweite Durchsetzung des nationalen Steueranspruchs
 - Einführung von „FATCA“



Ausblick

- **Auswirkungen auf das Inland**
 - Zukunft des Bankgeheimnisses im Inland?
 - Nationale Abgeltungssteuer?



Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !